„Der Courier"
Ein Organ deutschsprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS' ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann,
Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Redakteur.
Geschäftslokal — 1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon 3391
Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Mittwochausgabe, 13—32 Seiten stark.
Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate 75c; ein Monat, 35c.
Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.
Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.:
für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 50c.

Um unsere Ehre.

Kürzlich ging durch die englische Presse dieses Landes eine kurze Notiz, die nicht unwidersprochen bleiben darf, da sie eine ungeheuerliche Verdächtigung der ganzen fremdgeborenen Bevölkerung enthält. Die Meldung stammt aus Philadelphia in den Vereinigten Staaten und behandelt eine Ansprache, die der Richter W. K. Riddell vom Obergericht von Ontario vor dem Philadelphia-Forum über das Strafrecht in Canada vom Stapel gelassen hat. Er bemerkte u. a., die eingeborenen Canadier seien gesetzestreue Bürger. Er wolle zwar nicht behaupten, daß die Bevölkerung in Canada die Gesetze gewissenhafter beobachte als in einem anderen Lande, aber das canadische Volk lasse sich mit der anständigen Bevölkerung der englischsprechenden Nationen wohl vergleichen. Dann fuhr er fort:

„Unsere eingeborene Bevölkerung ist sehr gesetzestreu, aber wir sind in der unglücklichen Lage, eine ziemlich große und zunehmende ausländische Bevölkerung zu haben, und dieses ausländische Element steigert unseren Verbrechensrekord über das annehmbare Maß hinaus."

Dieser Vorwurf aus dem Munde eines canadischen Richters, noch dazu eines Beamten des Obergerichts von Ontario, in einem fremden Lande ist geeignet, eine grundfalsche Vorstellung von der wahren Sachlage zu erwecken. Eine solche Verleumdung der Fremdgeborenen verdient infolgedessen auch die schärfste Zurückweisung von canadischer Seite aus. Es ist uns aber bis jetzt nicht bekannt geworden, daß auch nur eine von den schreiblustigen englischen Federn sich zur Verteidigung der eingewanderten Bürger aus Mitteleuropa herbeigelassen hätte. Dagegen wurde diese Meldung sogar von solchen Blättern kritiklos nachgedruckt, die uns in Wahlzeiten um unserer Stimmen willen zu umschmeicheln suchen.

Wir haben nichts davon gelesen, daß Richter Riddell seine haarsträubende Behauptung vor dem Philadelphia-Forum auch durch statistische Zahlen belegt und bewiesen hat. Es würde ihm wohl auch schwer fallen, dafür einen klaren und eindeutigen Beweis zu erbringen. Da er vom „crime record" gesprochen hat, so muß man dabei wohl nicht nur an kleine Vergehen und Verfehlungen, sondern an wirklich schwere Verbrechen denken. Ferner hat er es auch unterlassen, Unterschiede zwischen diesen und jenen Fremdgeborenen zu machen, was in diesem Falle mit Rücksicht auf den Nationalcharakter sehr wesentlich ist; vielmehr hat er alle Fremdgeborenen in einen Topf geworfen. Folglich ist damit auch das deutschstämmige Element in Canada angegriffen.

Soweit unsere deutschsprechenden Freunde in Frage kommen, kann ohne Uebertreibung festgestellt werden, daß sie zu den friedlichsten und gesetzestreuesten Bürgern Canadas zählen. Schwere Verbrechen kommen unter ihnen höchst selten vor. Beim Lesen der Presse ist es geradezu auffallend, daß es meist Leute mit englischen Namen sind, die im Zusammenhang mit den schlimmsten Räubereien, Mordtaten usw. genannt werden. Damit soll nur eine Tatsache festgenagelt werden, ohne daß daraus weitere Schlüsse auf den Charakter der Engländer selbst gezogen werden. Gerade hier im Westen ist von führenden Männern des öffentlichen Lebens schon so und so oft unumwunden und anerkennend zugegeben worden, daß die deutschsprechende Bevölkerung sich durch Fleiß, Sparsamkeit und Familiensinn auszeichnet, die besten Bürgereigenschaften entfaltet und in jeder Weise sich als gesetzestreu bewährt. Solche Zeugnisse wiegen wohl schwerer als die unverantwortliche Aeußerung eines Richters aus dem konservativen Ontario, wo die Gehässigkeit gegen die Fremdgeborenen eine besondere Pflegestätte hat.

Immerhin zeigt sich wiederum, wie notwendig es ist, daß wir uns zur Verteidigung und zum Schutze unserer nationalen Würde fest zusammenschließen. Denn nur wenn wir einmütig und energisch gegen ähnliche Verdächtigungen auftreten, wird man uns respektieren und uns jenes Maß von Ehre gewähren, das uns gebührt.

Panamerikanischer Kongreß.

Der Zusammentritt des sechsten panamerikanischen Kongresses in Havanna, der Hauptstadt Kubas, ist ein Ereignis, dem in der ganzen Welt großes Interesse entgegengebracht wird, das aus dem ungewöhnlichen Charakter dieser Zusammenkunft von Vertretern nahezu aller Republiken Nord-, Zentral- und Südamerikas gerechtfertigt erscheint.

Die große Bedeutung des Kongresses, dessen Wichtigkeit durch die Anwesenheit des Präsidenten Coolidge unterstrichen wird, wurde bei der Eröffnung von dem Präsidenten Kubas, General Gerardo Machado, in der Begrüßungsansprache gebührend hervorgehoben.

Hierauf hielt Präsident Coolidge die Eröffnungsrede, die auf den Ton internationalen Vertrauens, der gegenseitigen Hilfsbereitschaft und des guten Willens gestimmt war und in der er allen Ländern der westlichen Hemisphäre nahelegte, sich mit dem Ziel zusammenzufinden, ihren Völkern die Freiheit zu sichern, die ihnen Kolumbus in gleichem Maße vermachte.

Der Präsident der Vereinigten Staaten, der zum ersten Male seit seinem Amtsantritt das Gebiet der Union verließ, um der Einladung zu folgen, bei diesem Kongreß die Eröffnungsrede zu halten, suchte klar zu machen, daß er zu der Versammlung nicht als das Oberhaupt eines mächtigen Landes spreche, sondern vielmehr als Wortführer einer Nation, die mit ihren Schwesterrepubliken auf gleicher Stufe stehe und sich bemühe, eine friedliche Lösung aller Probleme zu finden, die für ihr Bestreben nach völliger Verständigung und Freundschaft ein Hindernis bilden.

In seiner Rede, in der weder der Völkerbund noch die Monroe-Doktrin ausdrücklich erwähnt wurden, gab Präsident Coolidge dem Kongreß die Versicherung, daß die Panamerikanische Union weder irgendeinem Teil der Welt oder irgendeiner Organisation antagonistisch gegenüberstehe, fügte aber hinzu, daß die Nationen der westlichen Hemisphäre an dem Grundsatz festhalten, daß es ihnen besser zusage, sich selbst zu regieren als von jemand anders regiert zu werden.

Mit besonderer Sorgfalt vermied der Präsident irgendwelche Redensart, die dahin ausgelegt werden könnte, daß die Vereinigten Staaten die politische, soziale und wirtschaftliche Entwicklung der übrigen amerikanischen Republiken dominieren wollen. Der Name der Vereinigten Staaten wurde in der Rede nur ein einziges Mal erwähnt, als der Präsident dem Kongreß die Versicherung gab, „daß seine Regierung bereit sei, die Entwicklung der Schiffahrt, des Luftverkehrs, eines internationalen Landstraßensystems und alle friedliche Betätigung zu fördern, die die verschiedenen Angelegenheiten der amerikanischen Staatenfamilie in eine engere und dauernde Harmonie zu bringen geeignet sei.

Der unsinnige Dawesplan

Paul M. Warburg, Aufsichtsratsvorsitzender der „International Acceptance Bank, Inc.", sagte in seinem Jahresbericht an die Aktionäre, daß ein neuer Sachverständigenplan, der „auf Tatsachen statt auf Wunder gestützt werden" und nicht auf die Kriegsschulden Bezug haben sollte, eine endgültige Lösung der europäischen Nachkriegsfinanzprobleme bringen könnte.

Herr Warburg betonte die Schwierigkeiten, denen Deutschland im besonderen gegenübersteht, um trotz schwerster Konkurrenz seiner Gläubiger eine günstige Handelsbilanz zu schaffen, um sein Budget zu balanzieren und die Reparationszahlungen zu leisten, deren Endsumme noch gar nicht einmal feststeht.

Er meinte, daß die alliierten Länder es vielleicht praktischer finden könnten, ihren eigenen Kredit auf dem Weltmarkt zu benützen, statt Deutschland zu Anleihen zu zwingen und in ihre Jahresetats die von Deutschland geleisteten Zahlungen einzustellen.

Die Kriegsschuldenfrage hätte bereits vor Jahren gelöst werden können, sagte M. Warburg, wenn die Zahlungen als Abzahlungen einer Gesamtsumme betrachtet worden wären, wenn ferner nicht die Kriegsentschädigungen durch Einschluß der Pensionen übermäßig hoch gemacht worden wären und wenn die Vereinigten Staaten die Anleihen an die Alliierten als zinsenfreie Vorschüsse behandelt hätten.

Die Zusammenarbeit ausländischer Zentralbanken bei Stabilisierungsproblemen bezeichnete er als ein glückliches Zeichen dafür, daß die Nationen endlich zur Einsicht gekommen wären, die Nachkriegsprobleme so aufzufassen, daß dadurch alle Nationen gleichmäßig berührt werden. Dies sei auch ein Zeichen für eine neue Gedankeneinheit in Fragen von öffentlichem Interesse.

Weltumschau

Deutsche Länderkonferenz. Die Entwicklung des Deutschen Reiches zum Einheitsstaat hat einen bedeutsamen Schritt vorwärts getan. Im historischen Saal der Reichskanzlei, in dem unter Vorsitz des Reichskanzlers Fürst Bismarck vom 13. Juni bis 13. Juli 1878 die Zusammenkunft der leitenden Staatsmänner der europäischen Großmächte, um den damaligen russisch-türkischen Krieg zu liquidieren, stattfand und in dem von Ebert, Scheidemann und Genossen anfang November 1918 die Revolution durch Proklamierung der Republik beschlossen worden ist, in diesem selben Saal traten die Ministerpräsidenten aller deutschen Einzelländer zusammen, um unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Marx Maßregeln zu beratschlagen, die auf die Förderung des Zusammenschlusses des Reichs zum Einheitsstaat abzielen.

Der Reichskanzler begrüßte die Versammlung, die aus rund 100 Vertretern der Reichsregierung, des Bundesrats und der Regierungen der Einzelländer mit einer großen Anzahl von Sachverständigen bestand. Das aufgestellte Programm umfaßt Maßregeln für die Umordnung der Beziehungen zwischen der Regierung des Reichs und denen der einzelnen Staaten, der Finanzpolitik und der Vereinfachung der Verwaltungsmethoden.

Im Vordergrund stehen die „Maßnahmen zur Gewährleistung sparsamster Finanzpolitik". Dieses gesamte Gebiet ist in drei Abschnitte gegliedert: 1. und 2., Einnahmen und Ausgaben. Beschränkungen der gesetzgebenden Körperschaften, 3. finanzielle Selbstbeschränkungen der Regierungen. Durch weitere Steuereinschränkungen soll der Ausgabenrahmen enger gespannt werden, wobei auf die reparationspolitischen Verpflichtungen Rücksicht genommen werden soll. Bei sinkender Wirtschaftskonjunktur soll eine dementsprechende Senkung auch der Ueberweisungen aus dem Finanzausgleich an die einzelnen Länder stattfinden. Reich, Länder und Gemeinden sollen sich so einrichten, daß sie ohne Erschütterungen durch Finanzperioden durchhalten. Der Steuerpolitik der Länder und Kommunen sollen durch reichsgesetzliche Maßnahmen bestimmte Beschränkungen auferlegt werden. Zu dem Zweck soll für alle Beschlüsse der Parlamente zu Mehrausgaben über Regierungsvorschläge hinaus ein eigenes Gesetz für Ausgabendeckung erlassen werden. Zur Verhandlung ist auch eine Reihe von weiteren Befugnissen des Reichspräsidenten, der Reichsregierung, des Finanzministers, der Präsidenten des Rechnungshofes und eines Kollegiums von Parlamentariern gestellt. Aber auch den Regierungen soll eine finanzielle Selbstbeschränkung dadurch auferlegt werden, daß für die Aufstellung des Etats eine Grenze der Steigerung über das vergangene Etatsjahr festgesetzt wird.

Als Redner der Opposition gegen den Gedanken einer administrativen Zentralisierung der Staatsmaschine führte der württembergische Ministerpräsident Bazille (Deutschnationale Volkspartei) aus, obgleich die süddeutschen Staaten sich loyal zu den grundlegenden Prinzipien der nationalen Einheit bekennten, seien sie gezwungen, sich jedem Versuch, sie unter die absolute Autorität der Reichsregierung zu bringen, energisch zu widersetzen. Ministerpräsident Bazille brachte in Vorschlag, den Reichsrat, in dem die einzelnen Länder Sitz und Stimme haben, nach dem Muster des amerikanischen Senats zu reorganisieren, um die unvermeidliche, politische Uebermacht Preußens auf Grund seiner erdrückend großen Bevölkerung endgültig zu beschränken, so daß den anderen Staaten im Reich eine gleichberechtigte Vertretung gesichert würde. Des Weiteren forderte der Württemberger die Wiederherstellung der finanziellen Oberhoheit der einzelnen Länder unter der Zurückgabe des Rechts, direkte Steuern ausschreiben zu dürfen.

Dr. Petersen, der Senats-Präsident und Oberbürgermeister von Hamburg, trat für die Errichtung eines einzigen nationalen Parlaments unter einer starken Zentralregierung ein.

Die deutschen Flughäfen. Die deutschen Flughafen-Verwaltungen haben einen Verband von 56 Mitgliedern gebildet, für Informationsaustausch über die technischen Fortschritte der Luftbafenausstattung, namentlich über Verbesserungen des Flugzeugschuppenbaus und der Belichtungs- und Funksysteme. Dem Verband können alle Flughäfen- und Flugfeldleiter beitreten. Die Tätigkeit des Verbandes liegt in den Händen eines für zwei Jahre erwählten, aus neun Mitgliedern bestehenden Vorstands und ständiger Ausschüsse. Beschlüsse fassende Sitzungen des Gesamtverbandes werden mindestens einmal im Jahre stattfinden. Im Falle der Nichteinigung über irgend einen Vorschlag verbleibt den einzelnen Luftbafenverwaltungen das Recht des freien Beschlusses.

Es sind bereits gewisse Gebühren festgesetzt, mit denen die Kosten der Verbandstätigkeit bestritten werden sollen. Die Höhe dieser Gebühren ist gering. So soll z. B. bei jedem Start und bei jeder Landung bei Tage eine Gebühr von 25 Pfennig, bei Nacht eine Gebühr von 30 Pfennig erhoben werden. Aehnliche kleine Gebühren werden für die Behausung von Flugzeugen in den modernen Hangars, für Beistandsleistung des Flughafenpersonals und für unerhebliche Materialaushilfe zu entrichten sein. Profit wollen die Lufthafen-Verwaltungen aus diesen Gebühren nicht herausschlagen.

Neue österreichische Anleihe. Zwei Mitglieder des internationalen Bankhauses J. P. Morgan & Co., Morris von Paris und Weems von Genf, sind in Wien eingetroffen, um an den Verhandlungen über die neue Anleihe, welche Oesterreich aufzunehmen beabsichtigt, teilzunehmen. Die erste unter der Aegide des Völkerbunds aufgenommene Anleihe ist aufgebraucht, Oesterreich aber bedarf weiterer $120,000,000 zur Reparierung des rollenden Materials seiner Eisenbahnen und zur Ausdehnung seines Telephon- und Telegraphennetzes.

Wenn auch im großen Ganzen die internationale Lage der Auflegung einer solchen Anleihe günstig erscheint, so stehen dieser doch gewisse alte Ansprüche im Wege, in erster Linie der Kredit, welchen die Ver. Staaten im Jahre 1921 dem Lande zur Ernährung seiner darbenden Kinder gewährte. Eine neue Stundung der Rückzahlung dieses Kredits kann nur unter Zustimmung des Kongresses gewährt werden. Morris und Weems versuchen nunmehr festzustellen, ob die derzeitigen Finanzzustände Oesterreichs derartig sind, daß sie eine neue Stundung der Ansprüche Amerikas rechtfertigen würden. Schon einmal, zur Zeit der Aufnahme der Anleihe unter der Aegide der Völkerliga, hat Amerika auf die Priorität der Rückzahlung dieses Kredits Verzicht geleistet.

Oesterreich und Kriegsmaterial. Das österreichische Parlament nahm eine Vorlage zur Kontrollierung der Fabrikation, wie der Ein- und Ausfuhr von Munition und anderem Kriegsmaterial an. Die Verordnung entspricht einer ähnlichen, die seit längerer Zeit in Deutschland in Kraft ist. Die Annahme der Vorlage erfolgte auf das Gesuch des Botschafterrats hin, der geltend machte, ein solcher Schritt sei nötig, um die bereits angeordnete Zurückziehung der interalliierten Militär-Kontrollkommission auch wirklich durchführen zu können.

Oesterreichisches Flugwesen. Die österreichische Regierung hat die Subvention des Verkehrsflugwesens des Landes, die bisher auf eine Million Schilling angesetzt war, für das Jahr 1928 auf zwei Millionen (etwa $286,000) erhöht, und zwar sollen 1,400,000 Schilling den Fluggesellschaften direkt zufließen, die übrigen 600,000 Schilling für Verbesserung der Flugfelder, der Funkerei und der Wettermeldung verwendet werden.

In den ersten drei Quartalen des verflossenen Jahres legten Flugzeuge der Oesterreichischen Transportflug-Gesellschaften 338,000 Kilometer Gesamtstrecke zurück, im ganzen Jahre vermutlich etwa 400,000 Kilometer, ohne daß ein Unfall passierte, und unter 90prozentiger Innehaltung des Fahrplans.

Während des kommenden Sommers wird ein regelmäßiger täglicher Flugzeugverkehr der österreichischen Gesellschaft zwischen den österreichischen Provinzhauptstädten Salzburg und Klagenfurth und der tägliche Flugzeugverkehr der Route Wien-Salzburg-Innsbruck-Konstanz bis nach Zürich weitergeführt werden. Ferner wird die deutsche Lufthansa auf den Strecken Budapest-Wien-München-Zürich-Genf und Budapest-Wien-München-Frankfurt-Köln-Essen täglich laufen lassen, und auf der Strecke Budapest-Graz werden sich die österreichische und die ungarische Fluggesellschaft teilen.

Die Strecken Wien-Berlin, Wien-Venedig und Wien-Paris werden von der Lufthansa so eingerichtet werden, daß Fahrgäste in einem Tage von Wien nach Kopenhagen, Paris, London oder Genf fliegen können. Für die Strecke Wien-Berlin werden Ausflugsflugzeuge eingestellt werden, die je 20 Passagiere befördern können.

Tschechische Gewehre für China. Der tschecho-slowakische Dampfer „Praga" mit einer Ladung von 90,000 Gewehren für die Militäristen in Nord-China lief von Manila (Philippinen) aus, mit der Aussicht, vor Erreichung eines nordchinesischen Hafens auf feindliche nationalistische chinesische Kanonenboote zu treffen. Schon bei ihrer Ausreise wurde erzählt, daß nationalistische Kanonenboote auf Hoher See warteten, um sie zu verhindern, ihre Ladung in einem Hafen des Nordens zu landen.

Kurz vor Abfahrt des Schiffes wurden sechs Deserteure von der „Praga" von der Polizei aufgegriffen und an Bord zurückgeschafft.

Die „Praga" kam vor einigen Tagen aus Hamburg in Manila an und ging zur Kohlenaufnahme im Hafen vor Anker. Der Vertreter der chinesischen nationalistischen Regierung in Manila ersuchte dann die Hafenbehörde, der „Praga" die Ausreisepapiere zu verweigern, mit der Begründung, daß ihre Ladung eine Verletzung der amerikanischen Neutralität bedeute. Er erklärte, daß die Waffen für die Armeen Tschang Tso-Lins, des Führers der vereinigten nordchinesischen Truppen, bestimmt seien.

Weitere Schwierigkeiten ergaben sich, als die deutsche Mannschaft der „Praga" aus Furcht vor einem möglichen Angriff der Nationalisten eine Lohnerhöhung und Gewinnbeteiligung forderte, bevor sie weiterfuhr.

Die Hafenbehörde verneinte den nationalistischen Einspruch und erteilte die Ausreisepapiere.

Moskau und Finnland. Ein zweifellos hochoffiziöser Leitartikel der Moskauer „Iswestija" beleuchtet in außerordentlich scharfer Weise das Verhältnis zu Finnland. In letzter Zeit, heißt es in demselben, sei die finnische Politik gegenüber dem Räteland auffallend aggressiv. Die frühere finnische Regierung habe bekanntlich jenes Schreiben an den Völkerbund wegen der finanziellen Hilfe im Kriegsfall gerichtet, das den Zweck hatte, die Friedenspolitik des Rätebundes bloßzustellen. Die finnische Presse befleißige sich fortgesetzt eines überaus herausfordernden Tones, und die finnischen Politiker bezeigten mitunter often eine feindselige Haltung gegenüber dem östlichen Nachbar. Leider biete die Uebernahme des Ministeriums des Aeußern durch Prokope Aussicht auf Verschärfung der Lage. Zugleich nämlich sei als ständiger Bevollmächtigter in Genf der bekannte englandfreundliche Holsti ernannt. Prokope hätte bei seinem Abgang aus Warschau so freundschaftliches Geleit erhalten, wie dies in der Geschichte Polens bisher noch nicht dagewesen sei. Der Gedanke an das sogenannte Warschauer Protokoll würde wieder wach. Finnland sei in die englisch-polnischen Intrigen im Baltikum vollends eingefangen. Prokope habe in seinen Erklärungen über die finnische auswärtige Politik zunächst mit keinem Wort den Rätebund berührt, und dann auch nur gezwungenermaßen auf Anfrage erklärt, daß auf praktischer Grundlage die Beziehungen zum Rätebund normal sein könnten. Diese Erklärung sei durchaus unbefriedigend und offenbar unaufrichtig. Das Zusammentreffen von Prokope und dem ethnischen Minister Rebane, wobei auch Holsti anwesend war, wecke die Frage, ob diese Unterredung nicht eine Wiederbelebung der alten Idee von den Ministerkonferenzen der baltischen Staaten bedeute, die offen rätefeindliche Tendenzen habe.

Russische Beamtenwirtschaft. Nach Moskauer Meldungen wird im Zusammenhang mit der Säuberungsaktion, die die siegreiche Stalinpartei nun auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens in Rußland durchführen will, auch ein umfangreicher Beamtenabbau vorgenommen. Dabei handelt es sich, wie die staatlichen Zeitungen offen zugeben, hauptsächlich um die Ausmerzung der „lebensfremden Intelligenz", in deren Kreisen die Oppositionspolitik die meisten Anhänger gefunden hatte. Das neue Stichwort lautet: „Proletarisierung des Beamtenapparats."

Die Intelligenz soll aus den Aemtern entfernt werden, um für die infolge der Rationalisierung der Industrien arbeitslos gewordene Fabrikarbeiterschaft Platz zu schaffen. In ganz kurzer Zeit wurde der Beamtenstand bei den Sowjetbehörden, sowohl im Innern des Landes, wie auch in den entlegensten Gegenden, bereits um 40 Prozent reduziert. Die kommunistische Partei hat zur Vorbereitung der Beamtenentlassungen eine eigene Kontrollkommission ernannt, an deren Spitze Ordschonikidze, ein persönlicher Freund Stalins, steht. Dieser hat dem unlängst abgeschlossenen Parteitag einen Bericht über seine Erfahrungen in den Aemtern der Räteregierung erstattet.

Die hervorragendsten Punkte des Berichtes bilden Anklagen über haarsträubende bürokratische Mißstände, Zeitverödelung, Geldverschleuderung, Vettern-Wirtschaft, übermäßigen Zentralismus, Verantwortungslosigkeit und Schlamperei.

So haben z. B. bereits längst entschiedene Bodenverteilungsfragen im Gouvernement Wiatka noch immer nicht weniger als 13 Instanzen zu passieren, so daß eine Erledigung nicht vor zwei Jahren zu erwarten sei. Bei einer anderen Behörde wartet ein Kriegsinvalide, dem ein Bein amputiert werden mußte, seit zehn Jahren auf seine Prothese.

Die ärgsten Zustände scheinen beim Verkehrskommissariat zu herrschen. Hier wurden im letzten Jahre 70,000 Zentner Papier verbraucht, oder ein Viertel der Gesamtproduktion des staatlichen Papiertrusts. 58 Prozent der vor den Volksgerichten geführten Rechtssachen werden von Ordschonikidze als unnütze Zeitvergeudung bezeichnet.

Türkischer Kommunisten-Prozeß. Ein Prozeß gegen 57 Kommunisten, die im November verhaftet wurden, hat vor dem Kriminalgericht in Stambul begonnen. Die Anklage lautet auf die Vorbereitung von Aufständen im ganzen Lande, um die Regierung und Nationalversammlung zu stürzen. Die Polizei gibt an, daß zahlreiche der Verhafteten ihre Verbindung mit Moskau eingestanden hätten. Unter den Angeklagten befinden sich eine Frau, etwa zwanzig „Intellektuelle" und über dreißig Arbeiter.

Aufstand in Tripolis. Italienische und eingeborene Truppen, die von mehreren Stützpunkten in Tripolitanien, in der Kyrenaika (Afrika), aus operierten, sollen die dortigen Insurgenten nach einer Umgehung der Merduma Oasis niedergeworfen haben. Sie nahmen eine bewaffnete Karawane, und zwischen dem 3. und 14. Januar fanden zahllose Plänkeleien statt. Die Verluste der Italiener und ihrer Eingeborenentruppen betrugen nur neun Tote und vierzehn Verwundete, während die Rebellen mehr als hundert Tote auf den Kampfplätzen zurückließen und weitere durch Fliegerbomben getötet wurden. Vierhundert Gefangene wurden eingebracht und fünfhundert Gewehre, 20,000 Schafe, 8000 Kamele, 300 Zelte und Verpflegungsmaterial erbeutet. Flieger haben außerdem durch Bombenangriffe die Rebellen, die von der Hauptmacht nicht erreicht wurden, vertrieben.

Japan warnt Amerika. Die japanischen Tageszeitungen nehmen allgemein eine feindliche Stellung gegen das kürzlich bekannt gewordene Flottenprogramm der Vereinigten Staaten ein. Die „Asahi" sagt unter anderem, daß Amerika zwar von Frankreich eine Erweiterung des Antikriegsvertrages vorschlage, für sich selbst aber eine Verstärkung der Flotte anstrebe. Von der „Nichi" werden die Vereinigten Staaten gewarnt, daß sie sich die ganze Welt zum Feinde machen, wenn sie zur Befriedigung ihrer Eitelkeit ein riesiges Flottenprogramm durchführen, während „Jiji" nach einer Lobpreisung des Antikriegsvorschlages fragt, ob nicht dieses Programm einer Flottenverstärkung das Spiel enthülle, das Amerika auf Kosten der übrigen Welt gespielt habe, und schreibt, daß sie dieses Bauprogramm als absolut aggressiv ansieht.

Revision der Friedensverträge

Die Berliner Zeitschrift „Europäische Union" hat für den 3. Februar eine internationale Konferenz nach dem Haag einberufen, die im dortigen Friedenspalast tagen und sich mit der Frage der Revision der Friedensverträge befassen wird. Mitglieder der Kommission, die die Einberufung ergehen ließ, sind unter andern: Der frühere Reichsminister Dr. Gothein, Dr. Edgar Stern-Rubarth von Berlin, Professor Mieses von Wien, Staatssekretär Dr. Elemer Hantos von Budapest, Professor Delaisi von Paris und Professor Aiyan Giju von Holland.

Das Generalsekretariat der geplanten Konferenz richtet eine Einladung an die Politiker und Volkswirte aller Nationen, sich zu dieser Zusammenkunft einzufinden, „um gegen die Ungerechtigkeiten des Diktatfriedens an das Menschheitsgewissen zu appellieren."

In dieser Einladung heißt es:

„In der letzten Zeit wurde die Frage einer Revision der Friedensverträge durch die Weltpresse vereinzelt in verschiedensten Variationen erörtert und auf Grund positiver Rechte der Friedensverträge und der natürlichen Rechte der Nationen ausgelegt, jedoch immer nur in engen Grenzen und vom einseitigen Interessenstandpunkt aus. Auch beherzigenswerte Vorschläge, die Lücken im Recht durch vermittelnden Vergleich auszufüllen, konnten sich daher politisch an maßgebenden Stellen nicht auswirken, weil sie nicht auf die breite Basis der öffentlichen Meinung gestützt waren.

„Das Internationale Komitee der „Europäischen Union, das seit geraumer Zeit für den politischen und wirtschaftlichen Frieden arbeitet, hat beschlossen, gestützt auf seine bisherige neutrale und objektive Haltung und eine Anzahl bedeutender Mitarbeiter aus allen Staaten wichtige politische Fragen, die mit dem Frieden fördernd oder hindernd in Zusammenhang stehen, einer öffentlichen Diskussion zu übergeben. Das Sekretariat der Europäischen Union ruft daher für den 3. Februar 1928 eine internationale Konferenz nach dem Haag ein, mit der Tagesordnung: Revision und Friede.

„Auf dieser Konferenz soll eine freie Aussprache von Politikern und Wirtschaftlern aller Staaten und Gelehrten des Völkerrechts stattfinden, um eine öffentliche Meinung zu schaffen, ob der Friede durch eine Revision der Friedensverträge gefördert oder gefährdet wird. In den Besprechungen sollen die politischen von den rechtlichen Momenten getrennt werden, um nicht durch Macht, sondern durch Gerechtigkeit zum wahren Frieden zu gelangen und festzustellen, wie weit die Artikel 10, 15 und 19 der Völkerbundsatzung im Gegensatz zu dem Sinn des Geistes der heutigen Zeit stehen, und wie weit sie in diesem Sinne anwendbar sind. Aus diesen Diskussionen soll sich dann eine befriedigende Form ergeben, den nationalen Interessen gerecht zu werden, ohne den Weltfrieden zu stören!"

— Haben Sie schon den „Courier" für Ihre Lieben in der alten Heimat bestellt? Sie können ihnen damit eine große Freude bereiten. Ein Auslandsabonnement kostet $3.50 pro Jahr. —

Vom neuesten Zeppelin

Von Max Fischer

Kürzlich war ich in Friedrichshafen und habe in der großen Halle den Bau des neuesten Zeppelins gesehen, der im nächsten Frühjahr fahrbereit sein wird. Er ist bekanntlich in der Hauptsache zu Fahrten zwischen Spanien und Argentinien bestimmt und soll eine Länge von 235 Meter, einen Durchmesser von über 30 Meter und ein Fassungsvermögen von 105,000 Raummeter haben. Damit wird er das größte der bisher von der Zeppelinwerft gebauten Luftschiffe sein. Uebertroffen wird er an Größe von dem in Amerika geplanten Luftschiff für die amerikanische Marine, das, 200,000 Raummeter Inhalt haben wird.

Der neue Zeppelin weist mehrere grundlegende Neuerungen auf. So werden seine Motoren nicht mehr mit Benzin, sondern in der Hauptsache mit einem Gas — mit Kohlenstoff angereichertem Aethylen — gespeist, das in besonderen Ballonen im Luftschiffkörper unterhalb der Ballone mit dem Traggas mitgeführt wird. Neu ist auch ein Mittelgang, der etwa in der Achse des Luftschiffkörpers längs hindurchgeführt ist und die Beobachtung sowohl der darüberliegenden Traggas- wie der darunterliegenden Treibgaszellen gestattet.

Das zum Gerippe verwendete Duraluminium ist bedeutend verbessert, so daß das Schiff trotz leichterer Bauteile eine erhöhte Festigkeit haben wird.

Die Kabine ist wesentlich vergrößert und wird eine gediegene Innenausstattung erhalten, die Zeugnis von der Höhe des deutschen Kunstgewerbes ins Ausland tragen soll. Neben der Vergrößerung des Führerraumes und der Anlage eines besonderen Kartenzimmers hat man für die Fahrgäste einen großen Salon als Tagesaufenthaltsraum geschaffen, der in seiner Ausstattung und Bequemlichkeit den Salons auf unseren großen Ozeandampfern nicht nachsteht. Für die Verpflegung der Schiffsgäste sorgt eine geräumige Küche. Im übrigen sind für die Reisenden zehn Abteile mit je zwei Betten in der Kabine untergebracht. Daß auch ein Funkraum mit einer weltumspannenden Funkeinrichtung vorgesehen ist, erscheint heute als Selbstverständlichkeit.

Die Verwendung von Gas zum Antrieb der Motoren statt des Benzins hat neben der Erhöhung der Betriebssicherheit und einer Vergrößerung der Fahrtlänge den großen Vorzug, daß das Schiff durch den Verbrauch an Betriebsstaff nicht leichter wird. Bisher mußte man schon nach verhältnismäßig kurzer Zeit das Schiff mit seiner Spitze senken, um es so durch die auf seine obere Fläche wirkende Drachenwirkung niederzuhalten. Das geht aber nur eine gewisse Zeitlang, weil bei zunehmender Steilheit der Luftwiderstand zu stark anwächst und das Schiff an Steuerfähigkeit verliert. Dann muß man so große Höhen aufsuchen, daß das Gas durch seine Ausdehnung infolge des verminderten äußeren Luftdrucks keinen Platz mehr in den Ballonen hat und der Ueberschuß durch die Ueberdruckventile ausströmt, damit das Schiff wieder in der richtigen Höhenlage fahren kann. Es gibt zwar auch sogenannte Manövrierventile oben im Schiff, die man öffnen und so das Gas entweichen lassen kann, man hat

(Fortsetzung auf Seite 7)

Farmen zu verkaufen

Die Union Trust Company Limited besitzen und haben folgende Farmen zum Verkauf:

Galilee Distrikt
S. E. ½-14-11-27-W-2. Preis $2,400.00.

Neudorf Distrikt
N. E. ¼-31-18-8-W-2. Preis $1,600.00.

Watrous Distrikt
N. E. ¼-33-32-25-W-2. Preis $3,500.00.
S. E. ¼-22-30-27-W-2. Preis $4,200.00.

Kerrobert Distrikt
Section 35-32-23-W-3. Preis $16,000.00.

Dieses Land wird verkauft für kleine Baranzahlung und der Rest auf Auszahlungsraten.

Alle Quotierungen unterliegen der Zurücknahme oder Vorherverkauf ohne Benachrichtigung.

THE UNION TRUST CO., LIMITED.
50 Western Trust Building, Regina.